



A K A D E M I E F Ü R P O L I T I S C H E B I L D U N G T U T Z I N G

A K A D E M I E - K U R Z A N A L Y S E

2/2010

Was ist konservativ?

Grundsätzliches zur Diskussion über die Heimatlosigkeit
der Konservativen in der CDU

Heinrich Oberreuter

September 2010

Was ist konservativ?

Grundsätzliches zur Diskussion über die Heimatlosigkeit der Konservativen in der CDU

Heinrich Oberreuter

Die Union ringt um ihr Profil. Prominente Politiker mit „konservativem“ Image ziehen sich zurück. An der Basis herrscht Unbehagen über Modernisierung, Liberalisierung oder gar Sozialdemokratisierung. Die Möglichkeit einer Parteigründung rechts von der CDU wird diskutiert – nicht zuletzt auch unter Berufung auf die Demoskopie, die nach Sarrazins Buch Zustimmungspotenziale von 18 Prozent in der Wählerschaft ermittelt hat.

Wieso dies automatisch Potenziale für eine Rechte sein sollen, die sich aus CDU-Beständen bildet, ist eine offene Frage. Richtig ist, dass die Bindekraft, welche die C-Parteien nach rechts entwickelt hatten und die damit verbundene Domestizierung zugespitzter Positionen am rechten Flügel an Wirksamkeit verloren haben. Wahrscheinlich ist, dass sich heimatlos fühlende Wähler von der Politik abwenden, wie bisher viele andere auch. Dass sie sich aktivieren und eine neue Partei gründen, ist dagegen eher unwahrscheinlich.

Auch in Deutschland gibt es seit je ein Potenzial von etwa 15 Prozent rechtskonservativen, rechtspopulistischen bis rechtsradikalen Positionen Zugeneigter. Die jüngste Diskussion hat das nur bestätigt. In unseren Nachbarländern – Österreich, Schweiz, Frankreich, Belgien, Niederlande, Dänemark – ist diese Tatsache längst geläufig und manifest. Aber gehören sich heimatlos wähnende „Konservative“ aus der CDU zu dieser „Rechten“? Sie selbst werden sich nicht so definiert sehen wollen. Und die Partei dürfte sich eine Gleichsetzung von „konservativ“ und „rechts“ nicht aufzwin-

gen lassen, wenn sie nicht eines Tages ihre Legitimität angezweifelt sehen will.

Eine Parteigründung bleibt unwahrscheinlich. Denn um dauerhaft Resonanz an den Wahlurnen zu erzielen, bedarf es zum einen erheblicher und konsequenter Organisationskraft. Zum anderen bedarf es profilierte Führungsfiguren. Personen vom Zuschnitt Haiders, Wilders' oder Le Pens sind in Deutschland nicht in Sicht. Rechtskonservatismus und -populismus sind bei ihnen konstitutive, persönlichkeitsbildende Charakteristika. Friedrich Merz, Roland Koch, Erika Steinbach, Thilo Sarrazin oder gar Joachim Gauck, die von Demoskopen ziemlich willkürlich und in dieser Konstellation völlig sinnfrei den Befragten als Kandidaten vorgegeben werden, sind von anderem Zuschnitt und einem derartigen Milieu nicht zuzurechnen. Ganz abgesehen davon bildeten sie ein äußerst heterogenes, in sich zentrifugales Führungsteam, das in seinen Widersprüchlichkeiten ebenso schillerte wie der Konservatismus selbst. Das Unterfangen einer Parteigründung bedürfte nicht zuletzt, sogar ausschlaggebend, eines stringenten Begriffs von Konservatismus. Man stünde insofern vor den gleichen Herausforderungen wie die gegenwärtige Union, die sich im Übrigen nie nur als konservativ verstand – nicht einmal die CSU. Auch sie hat sich auf dieses Etikett nur zögerlich und partiell eingelassen, ohne je definieren zu können, was genau darunter zu verstehen sei. Ein offensichtlich inhaltsarmer Mobilsierungsbegriff eignet sich kaum zur programmatischen Präzisierung und zur politisch-organisatorischen Dynamisierung. Zuerst wäre also zu klären: Was ist Konservatismus?¹

¹ Das Folgende erschien in einer früheren Fassung unter dem Titel „Die Ambivalenz des Konservativen“ in: Hans Zehetmair (Hg.): Zukunft braucht Konservative, Freiburg / Basel / Wien 2009, S. 126-139.

Als der Konservativismus begründet wurde, geschah dies, ohne dass der Begriff selbst verwendet worden wäre. Natürlich gab es Vorläufer. Aber zu Recht darf Edmund Burke mit seinen *Reflections on the Revolution in France* (1790)² als Gründervater genannt werden. Diese „Reflections“ bezogen eine Gegenposition gegen die Französische Revolution. Aber den Begriff Konservativismus selbst gibt es erst seit den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts.

Burke vorausgegangen waren durchaus frühe antiaufklärerische Strömungen, zu denen auch Rousseaus Kulturkritik gezählt wird. Gleichwohl: Konservativismus war ein Kind der Revolution und der Moderne. Er richtete sich gegen die Auflösung der feudalistischen ständischen Ordnung, gegen die Heraufkunft der Demokratie, die Säkularisierung und die Aufklärung.

Kein Weltanschauungssystem

Dieses Verständnis des Konservativismus ist tot, auch wenn sich vielleicht noch vereinzelt Spurenelemente davon finden – oder solche Spurenelemente in freilich gänzlich gewandelter Form wiedererstanden sind. Wiedererstanden ist zum Beispiel die Privilegierung von Interessenträgern etwa in der Europäischen Union durch bevorzugte Beteiligung an Entscheidungsverfahren. Fragmente des Denkens in Ordnung, Strukturen und Institutionen haben selbst 1968 überlebt – aber wie könnten ohne sie Gesellschaft und Staat „gemacht“ werden? Traditionell und eher konservativ ist hinsichtlich der Demokratie die Favorisierung des Repräsentativen gegenüber dem Plebisitären; aber antidemokatisch ist das nicht. Und ebenso wenig handelt es sich um eine

grundsätzlich antiaufklärerische Position, wenn heute gegen zugespitzten „Säkularismus“³ und kalten wissenschaftlich-technischen Rationalismus argumentiert wird, die angesichts der aktuellen, von den „Lebenswissenschaften“ ausgehenden Herausforderungen die Humanität grundsätzlich bedrängen könnten – wie zum Beispiel Jürgen Habermas feststellt. Dieser, gewiss alles Konservativen unverdächtige Sozialphilosoph, hat diese Herausforderung in jüngster Zeit immer wieder festgestellt und zugleich empfohlen, sich der ethischen Arsenale aus den Argumentationsbeständen der Religionsgemeinschaften zu bedienen, die zur Verteidigung eben dieses Humanums geeignet erscheinen⁴. Sie sind als Spurenelemente in der Gesellschaft ohnehin immer vorhanden geblieben.

Konservativismus als Weltanschauungssystem eines ebenso einseitigen, eindeutigen wie großen „Anti“ gibt es nicht mehr. Vorbei ist auch der technokratische Konservativismus der 60er Jahre⁵, der sich uneingeschränkt auf die technisch-industrielle Welt eingelassen hatte und den Politiker durch den Fachmann, die Politik selbst durch Sachzwänge abzulösen gedachte. Im Gegensatz dazu ist am weit verbreiteten Ökonomismus dieser Tage als einem generellen Gestaltungsmodell im Kern nichts konservativ. „Konservative“ wenden sich eher dagegen. Aber andere „Konservative“ haben sich darauf eingelassen, wie sich am Einfluss der Wirtschaft auf Bildung, Schulen und Hochschulen zeigen lässt, der aber ge-

³ Eberhard Jüngel, Religion, Zivilreligion und christlicher Glaube. Das Christentum in einer pluralistischen Gesellschaft, in: Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche 39 (2005), S. 52-73, hier S. 69.

⁴ Jürgen Habermas, Zwischen Naturalismus und Religion, Frankfurt / Main 2005.

⁵ Arnold Gehlen, Helmut Schelsky und Ernst Forsthoff gelten als Protagonisten dieser Position. Vgl. Helga Grebing, Konservative gegen die Demokratie, Frankfurt / Main 1971.

² Edmund Burke, Über die Französische Revolution. Betrachtungen und Abhandlungen, übers. v. Friedrich Gentz, hg. v. Hermann Klenner, Berlin 1991.

rade nicht die Humboldt'sche Tradition der Zweckfreiheit von Bildungsprozessen hochhält, sondern mit ihr bricht.

Keine Durchsetzungschance besitzt auch eine „konservative Revolution“⁶ im Sinne des nicht demokratiekonformen Denkens Weimarer Größen, so sehr in kleinen Zirkeln Carl Schmitts ambivalentes Denken noch immer fortleben mag. Einer Renaissance geht auch der nationalromantische Ansatz⁷ nicht entgegen, den es im Widerstand gegen Hitler in einem Atemzug mit eher ständischen Konzepten gab. Daran, an alte Herrschaftsstrukturen sowie an den Machtstaat, gab es keine Anknüpfungspunkte bei der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Was geschah eigentlich damals?

Liberalkonservative Dimensionen

In Wahrheit ist diese Republik gegründet auf die Anknüpfung an die positiven Geschichtsquellen des Liberalismus und des Rechtsstaats im Geiste von 1848 und nicht zuletzt auf ein naturrechtliches Pathos der Freiheits- und Menschenrechte⁸. Udo di Fabio beschreibt die Startphase der liberalisierten Bundesrepublik wie folgt: „In der Regierung standen Adenauer und Erhard für gesellschaftspolitische Zurückhaltung, aber ordnungspolitische Progressivität. Konrad Adenauer brach als großer Reformer die alten und fatalen außenpolitischen Linien, er führte Deutschland gegen harten

Widerstand in den Westen nach Europa. Ludwig Erhard brach ebenso entschieden mit dem alten Staatsinterventionismus. Seine soziale Marktwirtschaft und seine Bekämpfung einer kartellierten Wirtschaft setzten Energien frei, auch solche der sozialen Gleichberechtigung, von denen man im Obrigkeitsstaat lange geträumt hatte. Das war keine antirationale, volkstümelnde konservative Revolution, sondern eine welfene liberalkonservative Reform der deutschen Nachkriegsgesellschaft.“⁹

Erst recht kann man heute nicht mehr aus der humanistischen Aufklärung und aus dem liberalen Verfassungsstaat aussteigen. Deswegen hat Deutschland auch kein Talent zum Neokonservatismus nordamerikanischer Prägung in all seinen Spielarten samt seiner wenig durchdachten, durchaus auch religiösen Motivation, die gelegentlich für wichtiger gehalten zu werden scheint als die Rationalität der politischen Entscheidung. Wir denken anders und moderner. Deswegen erhebt sich hierzulande angesichts des Ursprungs des Begriffs, der mit Reaktion verbunden ist, eher Verlegenheit, sich als konservativ zu bezeichnen.

Die Union fühlt sich mit diesem Begriff gewiss nicht hinlänglich charakterisiert. Sie versteht ihn zum Teil eher als Kampfbegriff gegen sich selbst. Sogar die CSU hat 25 Jahre gebraucht bis zu dem Bekenntnis, „auch“ eine konservative Partei zu sein.¹⁰ Im neuen Grundsatzprogramm von 2007 steht der Bezug zum Konservativen neben sage und schreibe sieben anderen Orientierungen wie z. B. christliche Verantwortung, soziale Verantwortung, Freiheit, Bewahrung der Schöpfung usw.¹¹ Das verwundert auch nicht, wenn man an Gründerfiguren

⁶ Armin Mohler, Die konservative Revolution in Deutschland 1918-1932, Darmstadt 1972.

⁷ Clemens von Klemperer, Konservative Bewegungen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1961.

⁸ Dazu Hans Maier, Die Grundrechte des Menschen im modernen Staat, Zürich / Osnabrück 1979; Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen, Bd. 2, München 2000, S. 133; siehe schon Friedrich-Karl Fromme, Von der Weimarer Verfassung zum Bonner Grundgesetz, Tübingen 1960.

⁹ Udo di Fabio, Was ist konservativ? In: FAZ vom 26.7.2007.

¹⁰ So das Grundsatzprogramm von 1968.

¹¹ „Chancen für alle! In Freiheit und Verantwortung gemeinsam Zukunft gestalten“, München 2007.

wie den Sozialkatholiken Adam Stegerwald oder den liberal und im Widerstand geprägten Josef Müller („Ochsensepp“) denkt. Heute definiert diese Partei – im Übrigen unter der Kapitelüberschrift „Moderne wertorientierte Volkspartei“ – ihr konservatives Element wie folgt: „Ihre Politik gründet auf der dauerhaften Wertordnung des abendländischen Denkens sowie dem geschichtlichen und kulturellen Erbe unseres Volkes. Tradition und Heimat, Sprache und Kultur geben den Menschen Geborgenheit und der Gemeinschaft Zusammenhalt. Die CSU misst das Neue am Bewährten und stellt Fortschritt in den Dienst der Menschen. Die CSU gestaltet eine langfristig orientierte, nachhaltige Politik zum Schutz des Lebens und für die Zukunft kommender Generationen.“¹² Die Zusammenfassung dieser Vieldimensionalität einer modernen Volkspartei hat im Grunde vor Jahrzehnten schon Franz Joseph Strauß gegeben, als er die sich selbst gestellte Frage, was heute konservativ heiße, ebenso ironisch wie ernsthaft wie folgt beantwortet hat: „Konservativ heißt, auf dem Boden des christlichen Sittengesetzes in der weitest möglichen Form seiner Auslegung mit liberaler Gesinnung an der Spitze des Fortschritts zu marschieren.“ Welch eine Definition! Eigentlich kann man nur hoffen, dass sie tatsächlich auch umgesetzt wird.

All das ist nicht eindeutig, sondern ambivalent. Der politische Befund deckt sich mit wissenschaftlichen Urteilen, die sich mit abschließenden und schlüssigen Definitionen ebenfalls schwer tun.

Henning Ottmann, nach landläufiger Sicht selbst ein konservativer politischer Theoretiker und Philosoph, sieht den Konservativismus gerade durch seine ambivalente Stellung zur Moderne bestimmt: „Ein lebensfähiger Konservativismus hat demnach beides

zu meiden: unversöhnliche Gegnerschaft zur Moderne, die kritiklose Anerkennung derselben. Je mehr sich der Konservativismus der unversöhnlichen Gegnerschaft nähert, desto mehr gerät er in die Gefahr, sich in eine literarisch manchmal attraktive, politisch aber kompromissunfähige Kultur der Trauer zu flüchten; er will dann in ‚Palästen wohnen, die längst schon verfallen sind‘ (G.-K. Kaltenbrunner). Je mehr er bedingungsloser Fürsprecher der Moderne wird, desto mehr verliert er die Fähigkeit, Kritiker der Kehrseiten des modernen Fortschritts zu sein. Konservativismus ist Kritik und Apologie der Moderne zugleich, und er ist in seinen besten Formen Versuch, jene nicht modernen Bedingungen der Möglichkeit moderner Freiheit zu bewahren, die diese aus sich selbst nicht garantieren kann.“¹³

Herausforderungen

Was sind auf diesem Hintergrund die besonderen Herausforderungen? Es sind zunächst die grundlegende Pluralisierung und Individualisierung der Lebensformen, die das Denken in Ordnungen erschweren und der Tendenz nach Ordnungen auch auflösen; sodann die Globalisierung mit ihrem Anpassungsdruck (auch in Bezug auf Lebensformen im Sinne der Erweiterung wie der Bedrängung) und einer mit diesem Druck einhergehenden ordnungspolitischen Resignation.

Im Einzelnen: Man kann den Prozess der Individualisierung ebenso dramatisch wie amüsant beschreiben, wozu ein Zitat von Ulrich Beck – alles andere als ein Konservativer – verwendet sei: „In der Suche nach Selbsterfüllung reisen die Menschen nach Tourismuskatalog in alle Winkel der Erde. Sie zerbrechen die besten Ehen und gehen

¹² Ebd., S. 180.

¹³ Staatslexikon Bd. 3, 7. Aufl. 1995, Sp. 640.

in rascher Folge immer neue Bindungen ein. Sie lassen sich umschulen. Sie fasten. Sie joggen. Sie wechseln von einer Therapiegruppe zur anderen. Besessen von dem Ziel der Selbstverwirklichung, reißen sie sich selbst aus der Erde heraus, um nachzusehen, ob ihre Wurzeln auch wirklich gesund sind.“¹⁴ Um den Begriff der Selbsterfüllung aufzunehmen: Autonomie, Selbstbestimmung in Freiheit und Verantwortung, ist ein durch und durch konservatives Credo. Allerdings ist Selbstbestimmung in Freiheit für viele, die dazu neigen, C-Parteien zu wählen, noch immer ein Reizbegriff, innerparteilich interpretiert in gewisser Weise auch ein Spaltpilz zwischen aufgeklärter politischer Führung und weniger aufgeklärter Anhängerschaft. Gleichwohl richtet sich die konservative Frage heute mehr nach den Maßstäben: Gibt es noch ein verbindliches Gefühl für das, was richtig oder falsch ist – oder aristotelisch gefragt, für das, was gut ist im Sinne einer „sinnvollen“ Lebensgestaltung. Und ist es nicht auch im Sinne „konservativer“ Politik, Beiträge und Angebote dazu zu leisten, dass das Leben glückt?

Nachdrücklich stellt sich also die Frage nach Werten. So gesehen impliziert sie zugleich eine Absage an deren Beliebigkeit und Relativität – einer Relativität, nach der alle erstrebenswerten Güter als Werte definiert werden und sei es z. B. die materielle Gier. Doch in der Orientierung an einem normativen Überbau liegt kein konservatives Alleinstellungsmerkmal: Gerade die Großparteien zeichnen sich durch eine Wertekonkurrenz aus, die, man achte auf die den Programmen zu Grunde liegenden Grundwerte, in erheblichem Umfang aber

um die gleichen Güter kreist¹⁵. Die Differenzen beginnen bei der Begründung von Menschenwürde und Freiheit. Wie weit geht man in die Überlieferung zurück? Genügt der Humanismus, genügt die Tradition der Arbeiterbewegung – oder bemüht man sich auch z. B. um Aktualisierung der christlich-jüdisch-antiken Tradition? Je nachdem wird die Frage nach den Maßstäben andere Antworten finden. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat unter Bernhard Vogels Ägide eine bemerkenswerte Schrift vorgelegt, ein Ethikmanifest¹⁶, das die Gottesebenbildlichkeit des Menschen zum orientierenden Maßstab der Politik nimmt. Für den Umgang mit dem Leben in allen seinen Spielarten, für die Beurteilung der Ansätze und Ergebnisse der Lebenswissenschaften besitzt eine solche Orientierung immense Bedeutung. Die Gottesebenbildlichkeit des Menschen liefert einen Maßstab von erheblich größerer Reichweite als andere Begründungen für ethische Positionen, auch wenn man andere Begründungen durchaus zu Recht ebenfalls für wertvoll hält.

Hinzuzufügen ist allerdings, dass die Existenz eines bemerkenswerten ethischen Me-

¹⁵ Vgl. die 2007 verabschiedeten Grundsatzprogramme „Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland“ (CDU), „Chancen für alle! In Freiheit und Verantwortung gemeinsam Zukunft gestalten“ (CSU) und das „Hamburger Programm“ der SPD. Siehe zur Programmdiskussion: Alois Glück / Bernhard Vogel / Hans Zehetmair (Hg.), Solidarische Leistungsgesellschaft – eine Alternative zu Wohlfahrtsstaat und Ellbogengesellschaft, Freiburg 2006; Grundsatzprogramme auf dem Prüfstand, in: Die politische Meinung, 51 Jg. (2006), Nr. 437, S. 5-32; Hans Zehetmair (Hg.), Politik aus christlicher Verantwortung, Wiesbaden 2007; Matthias Platzeck / Frank-Walter Steinmeier / Peer Steinbrück (Hg.), Auf der Höhe der Zeit: Soziale Demokratie und Fortschritt im 21. Jahrhundert, Berlin 2007; Das Thema: Hamburger Programm, in: Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte, 54. Jg. (2007), S. 32-54.

¹⁶ Bernhard Vogel (Hg.), Im Zentrum: Menschenwürde. Politisches Handeln aus christlicher Verantwortung. Christliche Ethik als Orientierungshilfe, Berlin 2006.

¹⁴ Ulrich Beck, zit. n. Heinrich Fisch, Was heißt konservativ? Ein Plädoyer für die Bewahrung von Werten, in: Die Politische Meinung 426/2005, S. 43f.

morandums keineswegs eindeutige Klarheit in der innerparteilichen Diskussion garantiert – im Gegenteil. Auch sie nähert sich diesem Gegenstand plural und kontrovers und in der Praxis mit wachsenden Verständnisdefiziten gegenüber transzendenten Erinnerungen. Sie kennt also keineswegs einigende Festlegungen auf weltanschauliche Eindeutigkeiten, auch nicht auf christlich inspirierte. Hinterfragt wird nicht die Menschenwürde, aber selbst in einer sich christlich nennenden Partei ihre klassische christliche Begründung – sogar bei aktiven, sich der Grundsatzarbeit widmenden Mitgliedern.

Daraus ergibt sich, dass selbst aus dem wachsenden Bedürfnis nach ethischer Orientierung in der Gesellschaft für unser Thema keine Klarheit zu gewinnen ist. Wenn mit Habermas gegen die kalte Moderne Argumente aus der Überlieferung der Religionsgemeinschaften ins Feld geführt werden sollen, geschieht dies unter deren Adaption an das Säkulare und gerade nicht unter Wiederbelebung neuer Verbindlichkeiten für das Spirituell-Religiöse. Aber auch bei kleineren Problemen aus den großen moralischen Herausforderungen unserer Zeit folgen aus der Beschwörung von Wertorientierung keine abschließenden Antworten. Im Grunde führt alles Fragen immer wieder auf die hoffentlich informierte und verantwortete Freiheit des Individuums zurück.

Auch dafür findet sich im jüngsten Grundsatzprogramm der CSU ein schlagendes Beispiel. Dort heißt es, dass Ehe und Familie für die Partei besonderen Rang hätten, und ihr besonderer rechtlicher Status ihnen vorbehalten bleiben solle. Zugleich respektiere die Partei aber auch andere Lebensgemeinschaften, „wenn in diesen Partnerschaften Menschen füreinander einstehen und verlässlich Verantwortung und Sorge

für einander übernehmen.“¹⁷ In den Passagen zuvor schon war bei der Gestaltung von Erziehung und Familie – wie könnte es anders sein – die freie Entscheidung der Betroffenen nicht in Frage gestellt und ihre Wahlfreiheit gegen die Festlegung auf ein bestimmtes Modell verteidigt worden. Dieser sensible Gegenstandsbereich mag exemplarisch verdeutlichen, worauf es mit dem hier angedeuteten Konservatismus hinaus läuft. Die vermeintlich bequem orientierenden Geländer kennt er im Grunde nicht mehr. Im Brustton der Überzeugung vorgetragene kernige Statements verdunkeln diesen Sachverhalt und schaden mehr als sie nützen. „Merkmal des konservativen Denkens“, so heißt es in einem Leitgedanken der Hanns-Seidel-Stiftung, „ist die Orientierung an einem festen Wertefundament, auf dem gesellschaftliches Miteinander gestaltet und Zukunftsverantwortung wahrgenommen werden können.“ Nach allem was erörtert worden ist, besteht dieses Wertefundament in der Autonomie des Individuums, in der Freiheit und Verantwortung zusammen gedacht sind. Das ist nicht wenig. Aber mit weltanschaulichen Gewissheiten hat das wenig zu tun, noch weniger vielleicht mit zeitgeistlichen Beliebigkeiten.

Als zweites Problem war die Globalisierung mit ihrem Anpassungsdruck und einer sie begleitenden Resignation benannt worden. Diese Resignation besitzt zwei Dimensionen. In der Literatur¹⁸ geht man partiell davon aus, dass die normativen abendländischen Errungenschaften, deren Verbindlichkeit rechtlich abgesichert ist, an einen staatlichen Ordnungsrahmen gebunden sind. Da Nationen, Staaten und Politik im Gefolge der Globalisierung dahinflielen und mit ihnen auch der notwendige Ordnungsrahmen, seien Recht und Demokratie keine aus-

¹⁷ „Chancen für alle“, a. a. O., S. 77.

¹⁸ Z. B. Jean-Marie Guéhenno, Das Ende der Demokratie, 1994.

schlaggebenden Größen mehr. Ein wenig im Sinne Böckenfördes könnte man zugesetzt fragen, ob denn Moral und Ethik durch das Recht garantiert werden oder ob nicht umgekehrt beide erst erträgliches und gültiges Recht ermöglichen. Konstituiert der Staat Moral? Liegen nicht ethische Maßstäbe außerhalb seiner Verfügung und gehen sie nicht seiner bestimmenden Gewalt voraus? Eine zweite, angeblich globalisierungsbedingte Resignation liegt in der ordnungspolitischen Abstinenz. Für die in Sekundenbruchteilen in globalen elektronischen Netzen um die Welt schießenden Kapitalströme und Informationen gäbe es, so heißt es, keine Regulierungsmöglichkeiten. Regeln kämen immer zu spät oder sie wären die Ursache dafür, dass Kapital und Kommunikation einen Bogen um sie herum machten: Ausschluss von Modernisierung und Wachstum wären die Folgen. Dass dagegen immer auch die Möglichkeit einer global public policy verteidigt worden ist, muss hinzugefügt werden. Aber dahinter standen die schwächeren Bataillone, speziell in einer modernisierungstrunkenen und ökonomiehörigen Politik, die sich vielleicht konservativ dünkte, es aber in Wahrheit nicht gewesen ist; denn sie gab ihr soeben beschriebenes Fundament verantworteter Freiheit auf.

Dass die Globalisierung regulierungsresistent sei, ist eine Ideologie. Was in globalen Netzen die Erde umspannt und umkreist, muss immer territorial vor Anker gehen, um seine erstrebte Evidenz zu entfalten. Die Finanzströme hätten es sich auch gar nicht leisten können, die stärksten Märkte links liegen zu lassen. Die dramatische Entwicklung Ende 2008 hat den Irrtum der ordnungspolitischen Abstinenz all denen vor Augen geführt, die ihm erlegen waren, weil im zügellosen Drang nach Profit das ordoliberalen Konzept störte. Länger als ein Jahr vor der Krise findet sich im Grundsatzprogramm der „Konservativen“ folgende Pas-

sage: „Die globale Wirtschaft braucht ordnungspolitische Leitplanken. Die CSU setzt sich für die Menschenrechte und für soziale Standards, insbesondere auch zum Schutz von Kindern, sowie für einen international abgestimmten Umwelt- und Klimaschutz ein. Notwendige Voraussetzungen für einen fairen Wettbewerb sind eine globale Wettbewerbspolitik, der Schutz geistigen Eigentums, der Kampf gegen Korruption *und eine Politik für ein stabiles internationales Finanzsystem.*“¹⁹ Ist das konservativ im Sinne der zumeist mit diesem Begriff verbundenen Interpretation der Realitätsferne?

Verteidigung der Autonomie

Gerade die sich abzeichnende Situation verlangt eine neue, intensive ordnungspolitische Diskussion, welche die Frage nach dem Verhältnis von Staat und Gesellschaft und ihren jeweiligen Verantwortungsbereichen neu thematisiert. Dieses Verhältnis lässt sich nicht situationsabhängig definieren und gleichsam nach dem Problemangebot auf dem Tagesmenü „bestellen“. Man kann nicht heute den starken und morgen den zurückgenommenen Staat fordern. Man kann auch nicht, wie üblich, die Sicherheit vor sozialen Risiken dem Staat und den kollektiven Sicherungssystemen aufbürden und die Selbstverantwortung der Individuen dafür mehr oder weniger verneinen. Ohne dass wir dem Staat und der Politik wirklich vertrauten, hegen wir in Deutschland ein hohes Maß an Staatserwartungen, im Alltag und in der Krise. Geht es allerdings um Aspekte öffentlicher Sicherheit, verkehren sich die Erwartungen ins Gegenteil: Reduzierung des Staatseingriffs. Faktisch verwischen sich die Grenzen zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen Wirtschaft und Politik, wenn der Staat nicht mehr nur Rah-

¹⁹ „Chancen für alle“, a. a. O., S. 63, Hervorhebung vom Verfasser.

mendaten setzt, sondern unmittelbar gestaltend in die Finanz- und die Realwirtschaft eingreift, damit Gestaltungsräume an sich zieht, gesellschaftliche und ökonomische Freiheiten beschneidet und riskant auf das eine oder andere Terrain vordringt, auf dem für ihn nicht nur Erfolgs- und Kompetenz-, sondern auch letztendlich Legitimitätsrisiken lauern – zumindest dann, wenn Erfolge ausbleiben oder die Politik in Verantwortungsrollen gedrängt wird, die sie nicht ausfüllen kann, oder die sie zum Mitakteur auf Spielfeldern machen, die ihr nicht zustehen. Im Grenzfall könnte dies von Eingriffen in die Tarifautonomie bis zur Errichtung eines Versorgungsstaates reichen, welcher der Zivilgesellschaft, der Eigenverantwortung und dem Subsidiaritätsprinzip partiell den Boden unter den Füßen wegzuziehen vermöchte. Viel zu wenig wird eingesehen, dass ein solch überdehnter Staat nicht nur von Risiken, sondern auch von Freiheiten entlastet. An diesem Punkt fällt die Grenziehung zwischen Konservatismus und Liberalismus nur dann noch leicht, wenn der Liberalismus die soziale Verantwortung abstreift.

Freiheit muss sich entfalten können, ganz im Sinne der Kantschen Autonomie. Tägliches Leben, Selbstverantwortung gehören ebenso zum christlichen wie zum liberalen Menschenbild. Die gesellschaftlichen und rechtlichen Normen müssen das Individuum tatsächlich handeln und seine Selbstverantwortung wahrnehmen lassen, statt es bevormundend und seiner Verantwortungsfähigkeit misstrauend zu entmächtigen. Menschenwürde empfängt man nicht von Kollektiven. Zu fragen ist, ob der aktive Staat die Lust zu Freiheiten, die mit Risiken verbunden sind, nicht längst gebrochen hat. Konservative sind gut beraten, die Diskussion zur Reduzierung des aktiven Staates zu einem aktivierenden intensiv und motivierend zu führen, nicht weil die sozialstaatlichen Ressourcen versiegen, sondern weil

das selbstbestimmte Individuum samt allen Freiheiten und Risiken ihrem Menschenbild (und dem der europäischen Zivilisation) entspricht. Damit soll niemand sozialer Kälte oder finsternen Marktmächten ausgeliefert sein. Der Sozialstaat soll greifen, wo es notwendig ist, aber nicht, wo er es um seines in die individuelle und gesellschaftliche Autonomie eingreifenden Gestaltungswillens wegen tut. Es ist richtig, die „solidarische Leistungsgesellschaft“ zu propagieren.

Richtig bleibt aber auch eine gewisse Bescheidenheit. Der Mensch kennt Grenzen, Schwachheit und Irrtumsanfälligkeit ebenso wie Strebsamkeit, Erfolg und Leistung. Hierin liegen Grenzen für politische und programmatische Hybris, ebenso die Offenheit für Toleranz, Kompromissfähigkeit und Akzeptanz von Pluralität – mit Standpunktlosigkeit nicht zu verwechseln. Aber die Rückführung unserer aktuellen Probleme auf ihren Grund zeigt deutlich, dass nicht neue Grundsätze zu suchen, sondern Grundsätze auf neue Herausforderungen anzuwenden sind. Mit Beharren hat dies in der Tat nichts zu tun, sondern mit höchst aktiver, moderner Gestaltung.

Fazit

Ein Fazit könnte darauf hinweisen, dass die Antwort auf die Frage, was heute konservativ sei, in drei Problemkreisen zu finden ist.

1. Das Fundament des Konservatismus in seiner modernen Spielart ist seine Wertebasis, die auf Autonomie im Sinne verantworteter Freiheit hinausläuft und Angebote für ein glücktes, selbstbestimmtes Leben bereitzustellen versucht. Angebote sind keine Patentrezepte. Demnach ist dieser moderne Konservatismus nicht monolithisch, sondern in seiner Ausgestaltung und seinen Aussagen durchaus plural. Selbst insofern er sich parteilich formiert, kennzeichnet ihn unausweichlich innerparteiliche Pluralität.

2. Zu definieren ist die Rolle des Staates in der inneren und in der sozialen Sicherheit, der dem Individuum Geborgenheit, aber auch Selbstverantwortung ermöglicht und zulassen muss.

3. In engem Zusammenhang damit und im Kontext aktueller krisenhafter Herausforderungen steht der grundsätzliche Problemkreis des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft. Dieses lässt sich gewiss nicht mehr bestimmen wie zu Zeiten des liberalen Bürgertums, welches sich selbst die mehr oder wenige freie Wirtschaft, dem Staat innere Ordnung und Politik überantwortete und welches auch auf politische Partizipation nicht erpicht war. Diesen Schritt wird konservatives Denken heute nicht mehr mitgehen, weil es sich wie selbstverständlich die soziale und partizipatorische Dimension zu Eigen gemacht hat. Wo es diese Dimensionen vergäße, wäre es politisch nicht mehr konkurrenzfähig.

Dies ist der Hintergrund für die aktuellen Problembewältigungen. Wir stehen vor einer großen ordnungspolitischen Herausforderung, die im allgemeinen Aktionismus von allen politischen Richtungen mehr oder weniger übersehen wird. Zu vermissen sind Augenmaß und Grenzbewusstsein. Es spricht nichts dagegen, dass der Staat Verantwortung übernimmt; aber doch nicht so, dass alle anderen keine mehr tragen oder aus ihr verdrängt werden.

Prof. Dr. Dr. h. c. Heinrich Oberreuter

Direktor der
Akademie für Politische Bildung
82323 Tutzing

Tel.: 0 81 58 / 256-48
Fax: 0 81 58 / 256-37

h.oberreuter@apb-tutzing.de
www.apb-tutzing.de